

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis

die Geheilene Zeitstelle 30 Wp. ...

Annahmefluss für Anzeigen:

Morgen-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr. ...

Druck und Verlag von C. Holz in Leipzig.

Bezugs-Preis

In der Hauptstadt Leipzig ...

Abend-Ausgabe ...

Redaction und Expedition: ...

Filialen: ...

Verleger: ...

Nr. 653.

Sonntag den 23. December 1893.

87. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen Sonntag, den 24. December, Vormittags nur bis 1/2 9 Uhr geöffnet.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung. Das 38. Band des Leipziger Tageblattes ist bei uns eingetroffen ...

Bekanntmachung. Mit Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 23. December v. J. ...

Bekanntmachung. Von Oben 1894 ab treten folgende Veränderungen in den Schulverhältnissen ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Bekanntmachung. Am 12. October d. J. hat der am 21. August 1877 in ...

Weihnachts-Paketverkehr.

Bei dem Postamt 10 (Vadert-Postamt, Hospitalstraße) und dem Postamt 4 (Mühlgasse) in Leipzig, sowie bei sämtlichen Postämtern in den umliegenden Orten ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Bei dem Postamt 1 (Angustplatz), wo nur als postlagernd bezeichnete Pakete zur Auslieferung gelangen ...

Auf Seite 12 des Buchs wird bestätigt, was bisher mehr nur ein ungenügendes Gerücht war, daß 1871 von England aus ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Seite 12 heißt es: „Deutschland verdrängte, nachdem ...

Pläne, sondern immer nur anknüpfend an positive Unternehmungen deutscher Kaufleute, der Koberger, Boermann u. A., die er unter dem Schutz des Reichs stellte, so Schritt vor Schritt das deutsche Colonialgebiet erweiternd (ganz in dem Sinne, wie einst die deutsche Hanse verfuhr), dann den deutschen Handel nach Afrika und nach andern Welttheilen durch Subventionierung der Dampfschiffahrt von Reichs wegen unterstützend u. mit welcher Fähigkeit er aber auch ebensowohl den fremden Mächten, welche der deutschen Colonisations-Unternehmungen, wie dem eigenen Reichstage, wenn dieser die nötigen Bewilligungen verweigern wollte, entgegenzutreten und in hartei Bescheiden Verträge errang. So ist es gekommen, daß diese colonialen Unternehmungen, die anfangs bei vielen Bedenken, bei den Freimüthigen offenen Zweifeln, je länger je mehr in der Nation Sympathien und auch beim Reichstage Unterstützung gefunden haben. Die hier gegebene Darstellung wird gewiß dazu beitragen, das Verhältniß dafür immer weiteren Kreisen zu erschließen. Karl Wiedemann.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Ende Juli d. J. veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ einen Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnen-schiffahrt und der Küsterei, welcher 144 Paragraphen umfaßte. Wie wir hören, hat der gegenwärtig im Bundesrathe der Verathung unterliegende Entwurf nur einen Paragraphen mehr. Dieser ist allerdings von großer Wichtigkeit. Er überträgt nämlich dem Bundesrathe die Befugnis, Bestimmungen über den Befähigungsnachweis der Schiffer und der Maschinenführer für Binnen-schiffe sowie der Floßführer zu treffen. Die Vertheilung soll erfolgen, weil in Folge der bedeutenden Zunahme des Schiffahrtverkehrs auf den Binnen-gewässern sich auch in die technische Befähigung des höheren Schifferpersonals zu strengen Anforderungen schärft haben und der gegenwärtige Stand der Befähigung nicht die Mittel bietet, hier wirksam einzugreifen. Die Klagen, welche vielfach und namentlich aus dem Kreise der Schiffahrtstechnik selbst über die mangelhafte Befähigung der für die Binnen-schiffahrt zur Verfügung stehenden Personals erhoben werden, lassen keinen Zweifel darüber, daß die bestehenden Einrichtungen dem Verkehrseinstande der Befähigung über die Zahl der in Betracht kommenden Berufsklassen nicht genügen. Einmalig verlangt aber das öffentliche Interesse, daß die Verfahren, welche aus der Verwendung ungenügender Kräfte in Schiffahrtbetriebe für die Sicherheit der befahrenen Güter und Personen, sowie für die Habhaftigkeit der Wasserstraßen entstehen, beseitigt vorgegangen werde. Andererseits werden künftig die Schiff-eigener eine erhebliche verminderte Verantwortlichkeit für die Handlungen der Schiffahrt zu tragen haben. Schon aus dem letzteren Grunde dürfte es gerechtfertigt erscheinen, wenn hinsichtlich der Befähigung derjenigen Personen, von denen Verbalten die Tragweite der bezeichneten Verantwortlichkeit hauptsächlich abhängt, in ähnlicher Weise Vorkehrungen getroffen werden, wie für die Seeschiffahrt. Im Uebrigen sollte das Erörterung des Befähigungsnachweises, ähnlich wie im § 34 der Gewerbeordnung, als allgemeiner Grundsatz ebenfalls nicht aufgestellt werden, weil die Befähigungsfrage nicht

Deutsches Reich.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte, man darf sagen, alle guten Kräfte, von dem greisen Gruber abgesehen, geben verloren: Stauffenberg, Herz, Günther, der Erlanger Professor Rosenfeld hat ausgesprochen und Gruber, der geliebte ist, wird sich nicht mehr an der Arbeit beteiligen. Der kanarische Deutschfreund ist glücklich auf das geistige Niveau des preussischen Reichstages, Richter-Friedrich's Sterne mögen aus über Bayern konkurrieren ebensowenig wie die Dornes und Verbits. Der neue Sieg“ des völkereigenen Führers erndet nicht die Eigenhülftigkeit aller frühzeitig; er bedeutet eine Niederlage für seine Partei. Die kanarische Freijüngigkeit geht mit der geistigen Hand in Hand. Die Verammlung des Bundesantrages hat in Nürnberg stattgefunden, wo auch sein Sitz ist. Dasselbe Nürnberg ist bei den letzten Bundestagen an die Socialdemokratie verloren gegangen, weil die Wähler sich mit einer an Reichs grenzenden Aneignung von der Richtung abgewandt hatten, die jedoch im Bundesantrag den Sieg davongetragen hat. Die hinter Richter haben in Bayern die Organisation, fast nichts. In der Abgeordnetenkammer sind sie so gut wie gar nicht vertreten, selbst die „Frei. Ztg.“, der die bayerische Section sich ebenfalls sehr willkommen ist, glaubt nicht, daß die bisher zum Deutsch-freijüngigen haltenden Bundestagsabgeordneten sich dem Kampfe anschließen werden, der Vorlesung des Bundesantrages. Selbst Vertreter der „deutschen freijüngigen Partei in Bayern“ (der Name wird beibehalten) bleiben. Für sich erziehen kann die Partei nicht. Der Anstoß an die freijüngige Volkspartei wird nur die hiesige Wirkung Richter'scher Politik, Bestreben zu Gunsten des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, verschärfen. Dafür sind alle Voraussetzungen vorhanden, auch die reichspolitische: die freijüngige Volkspartei ist zwar nicht laut ihrem Programme, wohl aber ihrer Organisationsmethode nach partikuläristisch. Bei den letzten Reichstagen haben die Herr Richter stehenden bayerischen Organe mit Dr. Zug um die Spitze der Aufregung gegen die „vorkämpfer“ Preussengerungen. Solchem Treiben sieht man dem Hinausdrängen der Richtung Stauffenberg jedes Wehgebotes, die Früchte werden die „Kampftaktiken“ einbringen. In aber auch von dem Nürnberger Reichstag zunächst eine Schätzung des nationalen Gedankens und des Liberalismus zu erwarten, so liegt er doch dem Reim einer Befreiung der Zukunft: er ist ein weiterer Schritt zur völligen Auflösung der unheilvollen „Volkspartei“.

„Berlin, 22. December. Der Bundesantrag der deutsch-freijüngigen Partei in Bayern hat, wie berichtet, den Anstoß an die freijüngige Volkspartei des Herrn Richter ausgeprochen. „Mit großer Würde“, schreibt die „Frei. Ztg.“, und das mag richtig sein, nur daß man, um einen Erfolg für die Sache der Partei heranzuführen, die Stimmen nicht wagen darf. Die besten Kräfte,